

Stadt betreibt Nahwärmenetz selbst

Um die Versorgung des neuen Gewerbegebiets Fuchsloch III und des Wohngebiets Leimengrube doch noch zeitnah sicherstellen zu können, hat die Energieagentur im Landkreis für Vaihingen ein Konzept ausgearbeitet. Der Gemeinderat stimmt zu. Die Zeit drängt.

VON MICHAEL BANHOLZER

VAIHINGEN. Die Rohre liegen an den meisten Stellen bereits im Boden. Doch wie die Nahwärmeversorgung im neuen Gewerbegebiet Fuchsloch III und im Wohngebiet Leimengrube künftig funktionieren soll, war seit vergangener Sommer die große unbeantwortete Frage in Vaihingen. Im Gemeinderat ist am Mittwochabend ein möglicher Weg vorgestellt worden und die Ratsmitglieder haben mehrheitlich – wenn auch manche wohl eher notgedrungen – zugestimmt. Denn die Zeit drängt.

Zur Erinnerung: Die Vergabe des Netzbetriebs war 2021 nicht europaweit, sondern lediglich per Interessenbekundung ausgeschrieben und 2022 an die Bürgerwärme Vaihingen vergeben worden. Diese sollte sich aus der Energiegenossenschaft Vaihingen und der Vai Energie GmbH zusammensetzen. Im Juli 2023 teilte die Vai Energie mit, dass es kein Biomethan auf dem Markt gebe. Die Planungen für das Wärmenetz wurden gestoppt, es folgten hitzige Debatten im Gemeinderat. Weil das Vergabeverfahren laut zweier schließlich von der Stadt in Auftrag gegebener Gutachten nicht rechtmäßig war, hob der Gemeinderat die Vergabe nun im Februar auf.

Von der Energieagentur Kreis Ludwigsburg (Lea) hat sich die Stadtverwaltung nun ein Konzept erarbeiten lassen. Raphael Gruseck, bei der Lea zuständig für Wärmewende und kommunalen Klimaschutz, stellte die Strategie vor, die sich in drei Stufen umsetzen lasse. Eine kurzfristige Inbetriebnahme des Nahwärmenetzes sei aus mehreren Gründen dringend erforderlich, führte er aus. Unter anderem bräuchten die Firmen, die sich im Fuchsloch ansiedeln wollen, ein attraktives Angebot. Denn sonst überlegten sich diese eigene Lösungen und fielen künftig als Abnehmer für die Nahwärme aus. Darüber hinaus drohten Fördergelder in Höhe von 1,5 Millionen Euro nach dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) verloren zu gehen.

Zumindest in der ersten Stufe solle die Stadt – genauer: der Städtische Versorgungsbetrieb – das Netz selbst betreiben, unterstützt durch die Lea als externen Dienstleister. Das spare die Zeit, die für eine öffentliche Ausschreibung benötigt würde. Als kurzfristige Wärmequellen kommen für Gruseck der Gaskessel des Stromberg-Gymnasiums, ein modernisiertes BHKW der Feuerwehr und der Bau einer temporären Heizzentrale in Containerform, befeuert mit Biomasse, infrage. Damit könne das Netz, an das zunächst kommunale Gebäude angeschlossen werden, noch in diesem Jahr in Betrieb gehen.

Für eine KWKG-Förderung braucht es aber auch mindestens einen nicht-öffentlichen Kunden. Das lasse sich mit der zweiten Stufe erreichen. Gruseck schlug hierfür die



In der Aschmannstraße beim Technischen Rathaus liegen die Rohre für die Nahwärme bereits in der Erde.

Foto: Arning

Anbindung beziehungsweise Übernahme des existierenden Wärmenetzes der Firma Wennberg vor. Die Verträge mit deren Kunden übernehme dann der städtische Eigenbetrieb. Außerdem berge dies Potenzial für weitere Kunden in der Zukunft. Die Firma Wennberg habe bereits Interesse signalisiert. Erforderlich werde hierfür allerdings der Bau eines zusätzlichen Netzabschnitts in der Steinbeisstraße. Da aktuell noch Baupersonal mit der Verlegung von Nahwärmeleitungen beschäftigt seien, solle geprüft werden, ob diese am besten noch im Juni auch gleich in der Steinbeisstraße aktiv werden können. In der dritten – optionalen – Stufe ist laut Gruseck der Anschluss des Nahwärmenetzes an die Biogasanlage Ensingen in der Nähe des KZ-Friedhofes vorstellbar. Auch hierfür müsste eine entsprechende Leitung zum Fuchsloch gebaut werden.

Die außerplanmäßigen Kosten für den Städtischen Versorgungsbetrieb werden auf circa 540 000 Euro für den ersten, 620 000 Euro für den zweiten und 160 000 Euro für den dritten Ausbauschritt geschätzt. Wobei durch den Betrieb wieder Einnahmen generiert werden.

„Wir brauchen jemanden fürs operative Geschäft. Das kann die Lea nicht leisten.“

Erich Hangstörfer, CDU

Oberbürgermeister Uwe Skrzypek begrüßte die Strategie der Lea, um das Netz schnell in Betrieb nehmen zu können – und das mit möglichst geringen zusätzlichen Investitionen und unter Einbeziehung regionaler Partner. Die Unternehmen im Fuchsloch brauchten Sicherheit hinsichtlich der Wärmepreise, betonte Oliver Luthle (Wir in Vaihingen, Bündelbach): „Wir müssen das jetzt schnell umsetzen.“ Auch Peter Schimke (Linke, Vaihingen) warnte mit Blick auf die Fördergelder vor weiteren Verzögerungen. Er schlug vor, dass die Verwaltung

künftig in jeder Gemeinderatssitzung über den Stand der Dinge informieren solle. Geradezu begeistert vom Lea-Konzept zeigte sich Thomas Essig (Grüne, Ensingen). Es sei schlüssig und habe durch die Einbeziehung verschiedener Wärmequellen und des Wennberg-Netzes „Charme“. Andreas Schuller (BbV, Vaihingen) sah zu seiner Freude sogar eigene Stadtwerke am Horizont auftauchen.

„Nix gegen die Lea“, goss Eberhard Zucker (FW, Vaihingen) etwas Wasser in den Wein. „Aber es fehlt die praktische Erfahrung.“ Die Energieagentur habe ja noch kein Wärmenetz selbst betrieben. Im Namen von

Freien Wählern, CDU, FDP und SPD beantragte er, die Stadt möge sich bei benachbarten Stadtwerken erkundigen, ob diese Vaihingen hinsichtlich technischer und betrieblicher Fragen unterstützen könnten. „Wir wollen einen praktischen Betrieb dabei haben“, so Zucker. Zumal der von der Lea vorgeschlagene Zeitplan „mehr als sportlich“ sei, wie Erich Hangstörfer (CDU, Bündelbach) beipflichtete: „Wir brauchen jemanden fürs operative Geschäft. Das kann die Lea nicht leisten.“ Beide betonten, dass man mit dem Antrag nicht blockieren oder verzögern wolle. Man werde auf jeden Fall zustimmen, sagte Zucker. „Es bleibt uns nix anderes übrig. Wir müssen in die Pötte kommen.“ Die SPD werde sich enthalten, kündigte hingegen Eberhard Berg (Kleinglattbach) an. Seine Fraktion sehe da noch einige Unwägbarkeiten, würde sich aber freuen, wenn das Konzept funktioniere.

Den parteiübergreifenden Antrag verstrehe er überhaupt nicht als irgendeine Form von Blockade, sagte OB Skrzypek. Die bisherige „Kompetenzlosigkeit“ der Verwaltung hinsichtlich Wärme müsse tatsächlich überwunden werden. Er schlug vor, die Beschlussvorlage zu ergänzen um den Satz: „Ein strategisch-operativer Partner für den praktischen Betrieb ist zu suchen und vorzustellen.“ Bei sechs Enthaltungen stimmte der Gemeinderat den Plänen schließlich zu.